**Woche der Kinderrechte 2020 in der VG Altenahr**

Die Kinderrechte in den Blick nehmen, sich dafür einsetzen und auf die Straße gehen, das beherzigen die Kinder der Verbandsgemeinde Altenahr schon seit beinahe zwei Jahrzehnten.

Dazu braucht es wiederum Erwachsene, die dies ernst nehmen und sich aktiv beteiligen.

Alle Kitas und Schulen in der VG Altenahr sind Mitglieder des sozialen Arbeitskreises „Quo Vadis“, welcher alljährlich die Trägerschaft für Aktionen zur Woche der Kinderrechte übernimmt, organisatorisch unterstützt durch den Kulturverein Mittelahr e.V. und das Jugendbüro.

Das Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz ruft in jedem Jahr ein Motto aus und unterstützt die Aktionen im Rahmen der Woche der Kinderrechte auch finanziell.

Das diesjährige Motto darf durchaus kontrovers diskutiert werden:

„Kinderrechte ins Grundgesetz!?“ klingt vielleicht für einige nach einer überflüssigen Forderung, da doch Kinder selbstverständlich Menschen sind, die laut Grundgesetz als gleichwertig, unabhängig von Geschlecht, Religion etc. gelten.

Jedoch sind Kinder besonders verletzlich, insbesondere, wenn sie in schwierigen Umständen aufwachsen und ihnen im direkten Umfeld kein Fürsprecher zur Seite steht, der ihre durchs Grundgesetz verbürgten Rechte auch geltend macht.

Insbesondere die Mitbestimmung aller Kinder bei Themen, die sie selbst betreffen kommt in der gelebten Realität oft zu kurz.

Die meisten Erwachsenen handeln in der Überzeugung, dass sie besser wissen, was das Richtige für Kinder ist, so dass oft noch nicht einmal in Findungsprozessen Kinder beteiligt sind, ganz zu schweigen davon, sie an Beschlüssen teilhaben zu lassen.

Um Entscheidungen im Bildungsbereich nicht weiterhin über die Köpfe der eigentlichen Zielgruppe hinweg zu fällen, das gesetzliche Recht auf Schutz & Fürsorge umfassend zu realisieren und Kinder dabei trotzdem Kinder sein zu lassen, die auch spielen dürfen & müssen, ist es unabdingbar, die Kinderrechte ins Grundgesetz aufzunehmen.

Oder doch nicht?...

Sollte all das nicht längst selbstverständlich sein? Geht es Kindern in Deutschland nicht gut, wenn man andere Länder der Welt zum Vergleich heranzieht? Sollten Kinder wirklich in einer Schutzzone, einer Blase aufwachsen, nur um dann als junge Erwachsene festzustellen, dass die Realität auch in westlichen Ländern oft viel härter ist, als sie bis dahin ahnten? Und überhaupt, früher wurden Kinder auch neben (oder statt) der Schulbildung zu Arbeiten herangezogen; das hat doch nicht geschadet! Den Kindern heute geht es viel zu gut, sie werden von wohlmeinenden Helikoptereltern zu unselbständigen Erwachsenen herangezogen….

In der Thematik steckt eindeutig mehr Zündstoff, als das vermeintlich simple Motto der Woche der Kinderrechte 2020 auf den ersten Blick ahnen lässt!

Leider lassen die aktuellen Umstände in diesem Jahr keine Großveranstaltungen zu, wie sie seit Jahren in der VG Altenahr mit viel Herzblut von Erwachsenen und Kindern gleichermaßen gestaltet werden.

Um nicht ganz darauf verzichten zu müssen, die Kinderrechte auch in diesem September in Erinnerung zu rufen und für die Thematik zu sensibilisieren, entschieden sich die Organisatoren dafür, an allen teilnehmenden Standorten am Freitag, den 25. September um 11:15 Uhr gleichzeitig eine kleine, aber umso wichtigere Aktion stattfinden zu lassen.

Vorbereitete und von den Kindern individuell gestaltete Postkarten, adressiert an die Bundesfamilienministerin werden an Luftballons in den Himmel steigen gelassen, in der Hoffnung, dass recht viele Karten von engagierten Mitmenschen gefunden und unterschrieben abgeschickt werden.

Auch wer keine Postkarte finden wird, ist herzlich eingeladen, sich an der Unterschriftenaktion zu beteiligen und sich mit Unterschriftenaktionen an Ministerin Giffey zu wenden! Darüber hinaus können alle Kinder sich an einer Kreativaktion in dieser Woche beteiligen. Über ein Leporello können Kinder ihre Wünsche schreiben bzw. malen. Die gestalteten Ergebnisse werden an die Verbandsbürgermeisterin Frau Weigand übergeben mit der Bitte diese übers Land an den Bund weiterzuleiten.